Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — **Amtliches Verordnungsblatt**

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 55. Steinheim, Donnerstag, den 9. Juni 1921. 28. Jahrgang.

Gerichtssaal.

‡ **Zum fünften Kriegsbeschuldigtenprozeß.** Jetzt begann vor dem Reichsgericht der fünfte Kriegsbeschuldigtenprozeß. Die Anklage, die von der belgischen Regierung ausgeht, richtet sich gegen den Studenten der Rechtswissenschaft, Max Rambohr, aus Leipzig wegen angeblicher Erpressung von Geständnissen. Der Angeklagte soll als Agent der Geheimpolizei in Grammont im Dezember 1917 verhaftete Kinder mißhandelt haben. Der Prozeß wird wieder mehrere Tage in Anspruch nehmen.

‡ **Der Streit um den Bismarckband geht weiter.** Der Cottasche Verlag wird nach der „Voss. Ztg." gegen die Entscheidung des Kammergerichts über die Veröffentlichung des dritten Bandes der Bismarckschen „Gedanken und Erinnerungen" Berufung einlegen. Der Prozeß dürfte, falls nicht inzwischen ein Vergleich zwischen den streitenden Parteien zustande kommt, in Bälde das Reichsgericht beschäftigen. Die in dem Urteil des Kammergerichts verfügte Freigabe der drei Kaiserbriefe ist praktisch für den Cottaschen Verlag ohne Bedeutung, da die Veröffentlichung nur als Bestandteil des Gesamtwerkes erfolgen darf.

‡ **Hölz vor Gericht.** Es gibt wohl kaum einen Paragraphen des Strafgesetzbuches, gegen den der Bandenführer Hölz während des Kommunistenaufstandes in Mitteldeutschland nicht verstoßen hätte. Die Anklage wirft Hölz folgende Verbrechen und Vergehen vor, mit denen sich das Berliner Sondergericht am 13. Juni zu beschäftigen haben wird: Mord, versuchter Totschlag, Aufruhr, Landfriedensbruch (Rädelsführer), Hochverrat, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens, Bildung bewaffneter Haufen, Freiheitsberaubung, Nötigung, Erpressung, räuberische Erpressung bezw. schweren Raub, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, vorsätzliche Brandstiftung, vorsätzliche Transportgefährdung, Störung einer Telegraphenanlage u. a.

Im ganzen werden Hölz nicht weniger als 50 Verbrechen zur Last gelegt, die sämtlich während der Kommunistenunruhen in Mitteldeutschland begangen wurden. Wegen der Straftaten, die er sich s. Zt. im Vogtlande zu schulden kommen ließ, wird er sich noch vor dem Schwurgericht in Plauen zu verantworten haben.

‡ **Ein Todesurteil.** Das Rudolstädter Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Wilhelm Kersten aus Jaßnitz, der auf der Landstraße einen Grubenarbeiter überfallen, erdrosselt und ausgeraubt hatte, zum Tode.

Preußischer Landtag.

— Berlin, 6. Juni 1921.

Beginn der Etatsdebatte.

Das Haus beginnt heute die erste Lesung des Etats, für den zwei Rednerreihen gebildet sind. Als erster Redner spricht der Mehrheitssozialist **Braun**, der frühere Ministerpräsident. Er polemisiert zunächst sehr heftig gegen die Rechte, die am meisten an unserer schlimmen Lage schuld sei. Sachlich kritisiert er am Etat die hohen Kosten des Reichswehrministeriums, das immer noch 500 Menschen brauche. Die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern müsse endlich zum Abschluß kommen, damit auch hier der Zusammenhang mit der früheren Dynastie verschwindet. Die Auszahlung einer Milliarde vorweg aus dem Vermögen der Hohenzollern würde zweifellos dem breitesten Volksempfinden entsprechen. (Lebhafter Beifall links.) Die Hohenzollern sind doch die Mitschuldigen am Ausbruch und die Hauptschuldigen an der Verlängerung des Krieges. (Zuruf des Abg. v. Plehn (Dnat.): Bewußte Lüge! Großer Lärm rechts.)

Abg. **v. Papen** (Ztr.): Wir begrüßen es, daß die Regierung die Entschädigung der in Oberschlesien ausscheidenden Beamten übernehmen will. Nicht dulden können wir, daß die staatlichen Zuschüsse für die Kirchen unverbindlich sein sollen. (Beifall im Zentr.) Oberschlesien darf nicht zum Schacherobjekt der internationalen Politik gemacht werden.

Abg. **v. d. Osten** (Dnat.): Wie kann man jetzt, wie es der Abg. Braun getan hat, die vollen Kamellen über die Schuld am Kriege wieder aufwärmen? Denken Sie an das Wort des „Vorwärts" im Oktober 1918: Deutschland soll seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie siegreich nach Hause gebracht zu haben. (Hört! hört!) Das ist nationale Würdelosigkeit. Braun entfesselt den Kampf nach innen anstelle der notwendigen Zusammenfassung aller Kräfte nach außen. (Sehr richtig! rechts.) Die Parteipolitik muß in dieser Finanzfrage schweigen. Aus diesem Grunde hat uns die Rede des Finanzministers gefallen. Wir werden den Haushalt genau prüfen und auch unsererseits für baldige Verabschiedung sorgen. Ohne Oberschlesien ist die Erfüllung unserer Verpflichtungen völlig unmöglich. Wir müssen unser Recht mit eigenen Fäusten sichern.

Abg. **Dr. v. Richter** (D. Vp.): Nach der Annahme des Ultimatums haben alle Parteien an der Erfüllung mitzuarbeiten. Wir bedauern die Absplitterungsbestrebungen der Welfen in Hannover, die neulich Präsident Leinert mit Recht bekämpft hat. Der Etat zeigt ein Defizit von 2 Millionen; das ist kein Lob für die staatliche Verwaltung. Auf sozialem Gebiet, insbesondere bei der Erziehung der Jugend, dürfen wir die Sparsamkeit nicht zu weit treiben. (Sehr richtig!) Die Erhöhung der Beamtengehälter ist hinter dem Steigen der Teuerung zurückgeblieben. Wir müssen eine mehr produktive Lösung der Frage der Erwerbslosenfürsorge finden. Die Bearbeitung der Besitzsteuer muß beschleunigt werden.

Abg. **Meyer-Ostpreußen** (V. K. P. D.): Der Haushaltsplan beweist, daß Preußen nach wie vor ein Klassenstaat ist. Der Haushalt enthält 50 Millionen für Spitzeldienste.

Abg. **Leid** (U. S.): Das Programm des Finanzministers, das für die Schutzpolizei allein eine Ausgabe von mehr als 2 Milliarden vorsieht, wirft doch ein eigenartiges Schlaglicht auf die Zusammensetzung dieses Programms. Wir werden deshalb einer solchen Ausgabe nicht zustimmen.

Abg. **Oeser** (Dem.): Die Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist im Interesse unserer Unabhängigkeit vom Ausland die wichtigste Tagesforderung. Statt der Steigerung ist jedoch ein Sinken der Produktion zu beobachten. Dem muß entgegengetreten werden. Es wäre dankenswert, wenn der Herr Landwirtschaftsminister sein Programm für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zur Kenntnis bringt. Um die Erhöhung der Grundsteuer werden wir nicht herumkommen.

Ministerpräsident **Stegerwald**: Die Lage der Reichsregierung und der preußischen Regierung kurz vor dem Ultimatum war so schwierig, daß nicht mehr für Oberschlesien geschehen konnte. Ich werde den Reichskanzler darauf hinweisen, damit Oberschlesien sein Recht wird. Jedenfalls hat die Entente ihre Pflichten nicht erfüllt. Unsere Finanzen können nur auf folgender Basis in Ordnung gebracht werden: Aus der Einkommensteuer muß Preußen einen größeren Anteil erhalten. Die Grundsteuer muß bei den Ländern und Gemeinden bleiben.

Finanzminister **Sämisch** unterstreicht die Ausführungen des Ministerpräsidenten hinsichtlich der Einkommen und Grundsteuer.

Abg. **Biester** (L.-Hann.) weist die Vorwürfe gegen seine Partei zurück und verlangt das Selbstbestimmungsrecht auch für Hannover.

Die Hebung der Landwirtschaft.

— Berlin, den 7. Juni 1921.

Das Programm des Preußischen Landwirtschaftsministers.

Kurz nach Beginn der heutigen Sitzung ergreift der neue Landwirtschaftsminister **Warmbold** das Wort zu einer großzügig angelegten Programmrede. Die wesentlichsten Ziele und Aufgaben faßte der Minister unter zwei Gesichtspunkten zusammen:

1. **Vermehrung der ansässigen Landbevölkerung durch dichtere Besiedlung des vorhandenen, Gewinnung und Besiedlung neuen Kulturlandes;**

2. **schnelle Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung** auf der schon vorhandenen und der neu zu schaffenden Nährfläche mit dem Ziel, unsere Bevölkerung möglichst bald aus eigener Erzeugung ausreichend zu ernähren.

Vermehrte Siedlungstätigkeit.

Während vor dem Kriege in Preußen jährlich etwa 1400 neue landwirtschaftliche Siedlungsstellen geschaffen wurden, soll diese Zahl schon 1921 auf etwa 4000 erhöht werden. Die raschere Siedlung werde ganz von selbst den Baumarkt wesentlich beleben, die Arbeitslosigkeit mildern und auch dem Handwerk und der Industrie neue Beschäftigung geben.

Außer durch die Siedlung soll die Vermehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch den Bau von Arbeiterwohnungen auf dem Lande sowie durch Moor- und Oedlandkultur gefördert werden. Natürlich könnten hier nur die rentabelsten Projekte zur Durchführung gelangen. Ueber die Bereitstellung eines besonderen staatlichen Bodenverbesserungskredits schwebten Verhandlungen. Die Finanzlage gebiete aber äußerste Beschränkung.

Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Das Ziel, unsere Bevölkerung aus eigener Erzeugung zu ernähren, muß mit noch größerem Nachdruck verfolgt werden. Infolge des Krieges und seiner Folgeerscheinungen werden zur Zeit nur etwa 60 bis 70 Prozent der landwirtschaftlichen Erzeugnisse vor dem Kriege gewonnen. Eins der vornehmsten Mittel zu möglichst schneller Steigerung der Produktion ist die Schaffung erhöhter Sicherheit auf dem Lande. (Sehr richtig! rechts.) Nicht minder wichtig ist die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens, die Förderung des Arbeitsgemeinschaftsgedankens und der Ausbau des Schlichtungswesens. Die Zwangswirtschaft erweist sich als ein um so schwereres Hemmnis für das Wiedererstarken der ländlichen Erzeugung, je länger sie über die Beendigung des Krieges hinaus fortbesteht. Der Mangel an Betriebskapital, der sich in der Landwirtschaft zeige, bedrohe die intensive Wirtschaftsweise. Es sei deshalb für Ausdehnung des agraren Realkredits und auch des genossenschaftlichen Personalkredits zu sorgen. Die beträchtlichen Erhöhungen der Gütertarife müssen sorgfältig überprüft werden, damit für die ungünstig gelegenen Landesteile Folgen vermieden werden, die zu einer Verminderung der Nahrungsmittelerzeugung führen müssen. Vermehrte Verwendung des Kunstdüngers muß in gewissen Landesteilen und Betrieben in die Wege geleitet werden. Eine weitere Ausbreitung und Verbesserung der fachlichen Schulung der Landwirte ist Vorbedingung.

Der Minister kündigt einen weiteren Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens an. Die ungünstige Finanzlage des Staates wirkt freilich hemmend. Aufwendungen für die Landwirtschaft machen sich freilich durch die Ersparung der Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln hoch bezahlt. Der Minister erbittet für seine Tätigkeit die Mitarbeit aller landwirtschaftlichen Kreise. (Beifall.)

Heilmann gegen Stegerwald.

Vor der Programmrede des Landwirtschaftsministers hatte nach kurzen Darlegungen der Abgg. **Brexel** (Wirtschaftsp.) und **Kloft** (Ztr.) der Mehrheitssozialist **Heilmann** gesprochen, der außerordentlich scharfe Angriffe gegen den Ministerpräsidenten Stegerwald richtete. Dieser habe gesagt, er neige sozial nach der Linken und ginge in nationalen Fragen mit der Rechten zusammen. Der Redner kündigte ferner als unabänderliche Tatsache seiner Partei an, daß sie jetzt noch weniger geneigt sei, mit der Deutschen Volkspartei in eine Regierung einzutreten.

Die Antwort des Ministerpräsidenten.

Diesen Ausführungen trat der Ministerpräsident **Stegerwald** mit großer Entschiedenheit entgegen. Er habe früher einmal das nationale Empfinden als die Brücke nach der Rechten bezeichnet. So seien meine Worte aufzufassen, von denen der Abg. Heilmann sprach. In erster Linie sei er Deutscher und dann Parteimann (lebhafter Beifall rechts), in erster Linie Deutscher und dann Arbeiter. (Erneuter Beifall.) Das vertrete er in jeder Arbeiterversammlung. Er sei gewissermaßen Minister aus Trotz, er wolle den Staatshaushalt wieder in Ordnung bringen. Wenn ihn der Landtag dabei im Stich läßt, dann bleibe er nicht Ministerpräsident. Aus außenpolitischen und innerpolitischen Gründen könne die jetzige Regierung nicht zurücktreten.

Im weiteren Verlauf der Debatte sprechen noch die Abgg. **Wallraf** (Dnatl.) **Dr. v. Campe** (D. Vp.), **Schulz-Neukölln** (Kom.) und **Schreiber** (Dem.). Dann überwies das Haus den Etat an den Ausschuß und vertagte sich auf den 14. Juni.

Die Schraube ohne Ende.

Durch die in der Oeffentlichkeit lebhaft erörterte Programmrede des Reichskanzlers zog sich wie ein roter Faden das Wiedergutmachungsproblem. Auf gut deutsch nennt man das einfach Kriegsentschädigung, denn das, was man unter der Firma „Wiedergutmachung" von uns fordert, geht ganz gewaltig über diesen Begriff hinaus. Der neue Kanzler gibt sich nun der Hoffnung hin, den Anforderungen des Feindbundes durch ein weiteres sehr kräftiges Anziehen der Steuerschraube gerecht werden zu können.

Die Steuerpläne der Reichsregierung zielen zunächst auf einen weiteren Ausbau der bereits bestehenden Steuern, und zwar hat der Kanzler sowohl die direkten wie die indirekten Steuern im Auge. Das Bestreben der Reichsfinanzverwaltung wird dabei vor allem von dem Gesichtspunkte geleitet, daß die Besitzsteuer da, wo sie ohne Schädigung des Wirtschaftsprozesses durchgeführt werden kann, ausgebaut werden muß. Der Kanzler denkt dabei an den Ausbau der Körperschaftssteuer, einen stärkeren Ausbau der Börsensteuer, und dann daran, daß nicht allein neue Steuern geschaffen werden, sondern daß auch die Durchführung der bereits verabschiedeten Steuern sichergestellt wird. Durch den Ausbau der entsprechenden Organisation können mehrere Milliarden noch gefördert werden. Wir müssen alles tun, so betonte der Kanzler mit Nachdruck, um rasch die Besitzsteuer auch bei denen zur Durchführung zu bringen, die die Produktion in Händen haben. Eine gewisse Steuerreserve erblickt Dr. Wirth noch in der Nachlaßsteuer hinsichtlich der Besteuerung weiterer Verwandtschaftsgrade.

Aber auch um den Ausbau der indirekten Steuern glaubt die Regierung nicht herumkommen zu können. Neben der Erhöhung der obengenannten Steuern soll eine Heraufsetzung der Kohlensteuer (wobei unterschieden werden soll zwischen Hausbrand- und Industriekohle), der Branntwein-, der Bier-, der Tabak-, der Süßstoff- und der Zuckersteuer treten. Auch die Erträge des Grund-Bodens, von denen heute die Länder und Gemeinden steuerlich zehren, sollen voraussichtlich „in eine moderne Steuerform gegossen werden".

Heranziehung der sogenannten Goldwerte.

Neben der unvermeidlichen Belastung des Verbrauchs müssen nach Ansicht des Kanzlers weitere Einnahmequellen gesucht werden. Von besonderem Interesse ist hier folgende Bemerkung Dr. Wirths: „Ich denke in erster Linie an den von der Geldentwertung minder betroffenen Besitz an sachlichen Werten, die sogenannten Goldwerte, die von der Aenderung des Papiergeldwertes nicht betroffen sind

vorwiegend an solche, in denen Gewinne sind aus Konjunkturen oder aus der Angleichung an die Weltmarktpreise. Es muß verhindert werden, daß den Kriegs- und Revolutionsgewinnlern sich der Reparationsgewinnler hinzugesellt."

Die Sätze sind reichlich unklar. Hinter der „Erfassung der sogenannten Goldwerte" verbirgt sich wohl die Grundbesteuerung durch Hypothekeneintragung und die Reichsbeteiligung an den Gewerben durch Kapitalerhöhungen, deren neugeschaffene Anteile auf das Reich übertragen werden. Im übrigen mag Dr. Wirth sich nicht ohne Absicht auf bloße Andeutungen beschränkt haben, weil das Kabinett selbst sich noch nicht über die verschiedenen Pläne schlüssig geworden ist.

Daß diese erneute steuerliche Belastung auf die Lebenshaltung äußerst ungünstige Rückwirkungen ausüben und ein scharfes Hinaufschnellen der Lebensmittelpreise zur Folge haben wird, ist wohl ohne Frage. Die Reichsregierung will zwar, wie der Kanzler versicherte, bei dem Ausbau der indirekten Steuern großes Gewicht darauf legen, daß die Steuer ohne Steigerung des Verbraucherpreises zu tragen ist. Doch wie kann die Verteuerung der Lebenshaltung verhütet werden, wenn, wie Dr. Wirth selbst kurz darauf bemerkt, die bisherige Zuschußwirtschaft des Reiches in der Lebensmittelversorgung und in der Verkehrsverwaltung (Eisenbahn und Post) so rasch wie möglich abgebaut werden soll. Wenn der Kanzler weiter erklärt, daß die Aufhebung der Zuschußwirtschaft in Verbindung mit allen weiteren Belastungen, die uns das Ultimatum bringt, zweifellos dazu führen müsse, die Preise der Lebenshaltung auf der einen, die Löhne und Gehälter auf der anderen Seite im Rahmen der gesamten volkswirtschaftlichen Belange in das rechte Verhältnis zu bringen, so bedeutet das nichts anderes, als daß wir mit einer ganz gewaltigen Teuerung auf allen Gebieten der Lebenshaltung rechnen müssen, mit der die Erhöhung des Einkommens nach den bisherigen Erfahrungen nur langsam Schritt halten wird.

Der Einmarsch in Belgien.

Der deutsche Einmarsch in Belgien im Jahre 1914 hat, wie bekannt, die schwersten innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen hervorgerufen. Der Untersuchungsausschuß des Reichstages veröffentlicht in seinem neuen Weißbuch zahlreiche, sehr wichtige Aktenstücke, die das stärkste Interesse verdienen. Es sind besonders zwei Meldungen der deutschen Militärattaches in Paris und Brüssel. Ersterer berichtet, daß der dortige belgische Militärattache sich geäußert habe, daß man in Belgien die französische Absicht sehr wohl kenne, im Falle eines deutsch-französischen Konfliktes sofort in Belgien einzurücken. Der Brüsseler Attache berichtet von einer Unterredung mit dem König der Belgier, in der dieser die gleiche Ansicht vertreten habe, die auch vom gesamten Adel und der klerikalen Partei geteilt wurde. Der belgische Ministerpräsident von Brocquille fügte dem sogar hinzu, daß er nicht zögern würde, neutrales Gebiet zu besetzen, wenn es das Wohl seines Vaterlandes verlange und daß er sich wundern würde, wenn andere dies unterließen. Auf Grund dieser Dokumente kommt der deutsche Sachverständige zu der Ueberzeugung, daß man in Belgien mit einem französischen Einmarsch 1913 und 1914 gerechnet habe, und daß der deutsche Generalstab seiner Meldung, die am 1. August 1914 von französischen Vorbereitungen für einen Einmarsch nach Belgien berichtete, ohne weiteres Glauben schenken mußte. So war die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie einen Einmarsch Frankreichs befürchten müsse, durchaus ernst gemeint und nicht, wie damals vielfach angenommen wurde, eine Finte. Auch die militärischen Vorbereitungen ließen keinen Zweifel an der Absicht Frankreichs. Wenn auch der bekannte französische Operationsplan 17 des Generals Michels, der eine Front von Belfort bis zur Nordsee mit vorstoßendem linken Flügel vorsah, fallen gelassen wurde, so steht doch fest, daß sich 1914 der französische Aufmarsch bis Mezieres ausdehnte und daß außerdem noch ein Kavalleriekorps und 3 Reservedivisionen mit der Front nach Norden dicht an der belgischen Grenze aufgestellt waren. Durch die Feststellung dieser Tatsache ist die Behauptung des französischen Kriegsministers, daß nur gegen Deutschland Front gemacht sei, als unwahr erwiesen. Auch der Bericht des Engländers Haldane, nach dem man einen Versammlungsraum für die englische Armee gegenüber der belgischen Grenze aussuchte, zeigt, wie ernsthaft man sich mit dem Gedanken trug, die belgische Neutralität unbeachtet zu lassen.

Auch in der Frage, ob die russische Mobilmachung für Deutschland gleichbedeutend dem Kriege gewesen sei, kommt der deutsche Sachverständige auf Grund von Dokumenten zu interessanten Schlüssen. So erklärte der russische General Gurko, daß die russische Mobilmachung Deutschland zwingen mußte, den Krieg zu erklären. Aber auch aus den später veröffentlichten Dokumenten über die Vorgeschichte der russisch-französischen Militärkonvention geht hervor, daß die Mobilmachung gleichbedeutend mit dem Krieg gewesen sei, da die Art. 2 und 3 dieser Konvention bestimmen, daß im Falle der Mobilmachung einer Dreibundmacht die gesamten russischen und französischen Truppen zu mobilisieren und mit größtem Nachdruck einzusetzen seien. Da außerdem noch der französische General Boisdeffe dem Zaren erklärt hatte, daß die Mobilmachung auch die Kriegserklärung sei, welcher Ansicht der Zar damals beitrat, so ist tatsächlich die Mobilmachung der gesamten russischen Macht für Deutschland gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung gewesen, deren formelle Bekanntgabe dann nur von der deutschen Regierung vollzogen wurde.

Die Regierung und der Reichswirtschaftsrat.

Was ist der Kernpunkt der großen Programmrede des Reichskanzlers Dr. Wirth?

Mancher kurzsichtige Mitbürger wird vielleicht das Kapitel von den neuen Steuern für die Hauptsache halten und sein Urteil davon abhängig machen, ob sein eigener Geldbeutel betroffen oder geschont wird. Die Steuerfrage spielt freilich eine große Rolle, aber man würde der Regierung unrecht tun, wenn man ihr nichts weiter zutraut, als das Zusammenraffen von diesen und jenen Geldmitteln, mit denen man die vorhandenen Löcher vorläufig zustopfen könnte. Im Gegenteil: es ist gerade ein Vorzug des neuen Programms, daß die Regierung sich nicht auf den Notbehelf von augenblicklich greifbaren Einnahmen beschränken, sondern vielmehr durch wirtschaftliche Reformen die Leistungsfähigkeit Deutschlands dauernd in die Höhe bringen will.

Diese gründliche Arbeit hat der Reichskanzler in seiner Rede angekündigt und zugleich auch tatsächlich eingeleitet durch die Berufung an den Reichswirtschaftsrat. Ein hervorragendes Mitglied des letzteren, Dr. Walther Rathenau, ist als Wiederaufbauminister in das Reichskabinett eingetreten. Es wird also fortan in weit höherem Maße der Reichswirtschaftsrat zur Vorbereitung und zur maßgebenden Mitarbeit an der gesamten Wirtschaftspolitik herangezogen werden.

Daran werden vielleicht diejenigen Anstoß nehmen, die bisher das parteipolitische Getriebe als die Hauptsache betrachtet haben. In diesen beliebten Sport muß aber jetzt eine Pause eingelegt werden. Denn durch das Machtgebot der Sieger ist uns eine saure Arbeit auferlegt worden. Eine Arbeit, zu der wir alle Kräfte einsetzen müssen, weil von ihrer Leistung nichts Geringeres abhängt, als unsere Freiheit und die Zukunft des deutschen Volkes.

Das ist der sozial-ethische Gesichtspunkt, zu dessen Würdigung der Reichskanzler aufrief. Aus der Erkenntnis der gemeinsamen Arbeitspflicht [illegible] Selbsterhaltung muß der Entschluß hervorgehen, daß wir die innerpolitischen Reibungen bis auf weiteres zurückschieben und all unser Sinnen und Trachten konzentrieren auf die Anstrengungen, die nötig sind, um uns aus dem Schiffbruch wieder auf festen Boden zu bringen.

Wer guten Willen mitbringt, dem wird der Entschluß zur Mitarbeit erleichtert, wenn er sieht, daß die Regierung (und hoffentlich auch die Volksvertretung) sich nicht mit Halbheiten und unhaltbarem Flickwerk begnügen, sondern den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft gründlich, planmäßig und zielbewußt durchführen will unter Heranziehung der Sachverständigen aus allen Teilen des Wirtschaftskörpers.

So werden auch die unvermeidlichen Steuergesetze am besten vor Einseitigkeiten und Härten bewahrt bleiben. Gerade wenn man immer und überall Rücksicht nimmt auf das Gedeihen der Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit, wird sich die Schonung der schwachen Schultern von selbst ergeben, und die notwendige Belastung der stärkeren Schultern wird in ihren Maßen und ihren Formen so geregelt werden, daß der Wirtschaftskörper den Aderlaß ohne Gefahr für seine Lebens- und Schaffenskraft ertragen kann.

Dieses neue Wirtschaftsprogramm konnte selbstverständlich nicht in wenigen Tagen festgestellt werden. Gerade weil die Regierung ganze und gründliche Arbeit mit Hilfe der Sachverständigen leisten will, konnte sie zunächst nur ihr großes Ziel markieren und ihre leitenden Gedanken kundgeben. Das gilt auch für die Steuerpläne, denn die sollen ja eben im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Aufbau ausgestaltet werden. Doch wird der sog. kleine Mann, der um sein Auskommen aus dem Arbeitsverdienst oder aus den Ersparnissen für seine alten Tage besorgt ist, aus den Andeutungen, die der Reichskanzler zur Steuerfrage machte, schon eine gewisse Beruhigung schöpfen können. Was da von Körperschaftssteuern, Börsensteuern, Besitzsteuern, Luxussteuern, Genußsteuern usw. erwähnt ist, trifft den mühsam sich durchschlagenden Familienvater nicht. Im Gegenteil: wenn der Gesamtplan der Gesundung unserer Volkswirtschaft und unserer Geldwirtschaft gelingt, so wird der soziale Segen sich besonders den breiten Schichten des Volkes zuwenden.

Daher ist es gut, daß die neue Regierung nicht in Uebereilung und aufs Geratewohl ein Programm aus dem Aermel schüttelt, sondern in reichlicher Ueberlegung und Beratung mit den Sachverständigen den wirtschaftlichen Wiederaufbau großzügig betreiben will.

„Helfen Sie uns!" ruft der Reichskanzler. Er und seine Kollegen stellen sich auf den richtigen Standpunkt, daß „Regieren" heutzutage nichts anderes ist, als der Dienst am Vaterlande, der hauptsächlich auf die Weckung und Ordnung aller guten Volkskräfte sich richten muß.

Bauernhetze.

Kein Mittel erscheint heute gewissenlosen Leuten schlecht genug, um der Landwirtschaft eins auszuwischen. Es ist allgemein bekannt, daß sich in den letzten Monaten Zeitungsnotizen häuften, die zu berichten wußten, daß bei dem Bauern X. die Mäuse einen großen Vorrat von Papiergeld aufgefressen hätten, daß bei dem Bauern Y. 50 000 Mark Papiergeld gestohlen worden sei, daß die Forderungen der Landwirte als „Wucherforderungen" zu kennzeichnen seien oder auch die Finanzbehörden für die Steuerveranlagung besonders scharf zu machen seien.

Wenn man der Sache auf den Grund geht, kann man Ergötzliches erleben. In der „Bayer. Staatszeitung" erschien am 31. März d. Js. eine Notiz folgenden Inhalts:

„Ehringen, den 29. März. Bei einem hiesigen Landwirt wurde, während die Hausbewohner bei der Hochzeit des Sohnes waren, eingebrochen und 85 000

Spitzen.

Roman von Paul Linden.

Unter allen Verbrechern steht der Erpresser auf der niedrigsten Stufe der Verkommenheit. Diese erbärmlichen Schufte, die uns eine beängstigende, bedrohliche Verborgenheit heimtückisch entwenden, die uns unter der steten Bedrohung, diese Verborgenheit in die schadenfrohe Oeffentlichkeit zu bringen, unsere Ehre zu besudeln, unseren Namen zu beflecken, unsere Stellung zu untergraben, langsam und unerbittlich das Blut abzapfen, die sich vom Raube unserer Seelenruhe und des erquickenden Schlafes mästen — diese entsetzlichsten aller Räuber und Mörder sind obenein noch leidenschaftslos und feig!

Wenden Sie sich mit Ekel und Abscheu von dem Wust und Unflat, die dieser Saza hier aufgefahren hat, gewähren Sie sich nach der grausamen Prüfung, die Ihnen das rachsüchtige Laster auferlegt, die hohe Befriedigung, ja, die sittliche Befreiung, ihren Blick auf jenen edlen Mann zu richten, der mir die hohe Ehre erwiesen hat, für ihn das Wort führen zu dürfen. Treten Sie in Ihr Beratungszimmer nicht mit jenem niederdrückenden Schmerze, da strafen zu müssen, wo die laute Mahnung Ihres Gewissens die strafende Hand fesseln möchte, treten Sie in Ihr Beratungszimmer vielmehr mit dem erhebenden Bewußtsein, dem höchststehenden, ungeschriebenen, sittlichen Gesetze auch da sieghafte Geltung verschaffen zu dürfen, wo das für den gelehrten Richter allein maßgebende geschriebene Gesetz diesen Sieg des rechten Rechtes vielleicht erschweren könnte. Als vollkommen unabhängige Männer, deren Freiheit durch keine anderen, als die von Ihrem eigenen Gewissen gezogenen Grenzen beschränkt ist, werden Sie urteilen. In freudiger Erwartung sehe ich Ihrem Spruche entgegen. Sie werden dem Angeklagten sein Recht gewähren, meine Herren Geschworenen. Sie werden ihn freisprechen."

Unter allgemeiner tiefbrausender Bewegung setzte sich der Verteidiger. Ein wundersames Wogen ging durch die Menge. Ein leises Murmeln, kein vorlauter Ton. Eine unwillkürliche Aufrichtung, keine auffällige Gebärde. So flutete es und rauschte es.

Der Vorsitzende warf einen fragenden Blick auf den Staatsanwalt. Dieser verneinte die stumme Frage mit einer Verbeugung.

„Hat der Angeklagte zu seiner Verteidigung noch etwas anzuführen?" fragte der Vorsitzende den Fürsten.

Ulrich erhob sich, verneigte sich stumm und setzte sich wieder.

Der Vorsitzende verlas nun die beiden vom Gerichtshof aufgesetzten Fragen, die den Geschworenen zur Beantwortung vorgelegt werden sollten, und mit deren Fassung sich die Vertreter der Anklage und der Verteidigung einverstanden erklärten:

„Ist der Angeklagte schuldig, in der Sitzung der Strafkammer des Berliner Landgerichts am 15. April 1880 durch die von ihm unter seinem Zeugeneide gemachte Angabe, daß er in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember nicht in dem zum Iseneckschen Palais gehörigen Park und nicht in das gräflich Iseneckschе Palais gedrungen sei, wissentlich ein falsches Zeugnis mit einem Eide bekräftigt zu haben?"

Und im Falle der Bejahung dieser Frage:

„Konnte die Angabe der Wahrheit gegen den Angeklagten eine Verfolgung wegen des Vergehens des widerrechtlichen Eindringens in ein befriedetes Besitztum nach sich ziehen?"

Nach der Rechtsbelehrung durch den Herrn Vorsitzenden zogen sich die Geschworenen in das Beratungszimmer zurück.

Es war beinahe acht Uhr, als die Herren aufbrachen, die Richter in ihre Zimmer traten, und der Justizrat Quintus den Fürsten bat, ihm in die Anwaltsstube zu folgen, da er bei der Verkündigung des Wahrspruchs der Geschworenen nicht im Sitzungssaale sein dürfe. Von den Zuhörern wich keiner von seinem Posten. Jetzt wurden ziemlich laute Unterhaltungen geführt, man tauschte die Meinungen über die Reden des Staatsanwalts und des Verteidigers, man diskutierte lebhaft die Frage: ist der Fürst im Iseneckschen Palais gewesen, ist er nicht da gewesen? — Darüber gingen die Ansichten auseinander. Völlige Uebereinstimmung aber herrschte darüber, daß der Fürst auch im schlimmsten Falle nicht anders, als er gehandelt, hatte handeln dürfen. Die Erbitterung gegen Saza, die die Worte des Verteidigers zu lodernder Flamme geschürt hatte, war eine unbeschreibliche.

In der Anwaltsstube ergriff Ulrich die Hand seines Verteidigers und drückte sie kräftig.

„Ich danke Ihnen", sagte er; nichts weiter. Er war tief bewegt.

Nach kaum zehn Minuten meldete der Nuntius, daß die Geschworenen soeben geläutet hätten.

„Man wird Sie rufen, Durchlaucht", sagte Quintus und entfernte sich eilends. Der Fürst blieb allein.

Die Geschworenen, Richter, Staatsanwalt und Verteidiger hatten ihre Sitze wieder eingenommen.

Es wurde wahrhaft unheimlich still.

Der Obmann erhob sich, nahm den Fragebogen und las laut und vernehmlich:

„Auf Ehre und Gewissen bezeuge ich als den Spruch der Geschworenen: Erste Frage: Ist der Angeklagte schuldig, in der Sitzung der Strafkammer des Berliner Landgerichts am 15. April 1880 durch die von unter seinem Zeugeneide gemachte Angabe, daß er in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember nicht in den zum Iseneckschen Palais gehörigen Park und nicht in das gräflich Iseneckschе Palais gedrungen sei, wissentlich ein falsches Zeugnis mit einem Eide bekräftigt zu haben? — Nein!"

Bei diesem „Nein" brach unbändig mit elementarer Gewalt ein Jubelsturm los, den nichts aufzuhalten vermochte. Es war wie der befreiende Aufschrei zum Leben. Der Vorsitzende griff zur Glocke. Da trat sofort wieder Ruhe ein. Aber die helle Freude leuchtete aus aller Augen.

„Lassen Sie den Angeklagten eintreten!" befahl der Vorsitzende dem Nuntius.

Unter tiefstem Schweigen betrat Fürst Ulrich wieder den Saal. In männlich vornehmer Haltung stand er da, unbeweglich, keine Fiber zuckte in ihm.

Der Gerichtsschreiber verlas den Wahrspruch der Geschworenen. Bei dem entscheidenden Worte „Nein", das wiederum in den Reihen der Zuhörer seinen gedämpften Nachhall fand, senkte er auf einen Augenblick die Lider. Aber er rührte und regte sich nicht.

Der Vorsitzende verkündete im Namen des Königs das Urteil das Schwurgerichts, das den Angeklagten von Strafe und Kosten frei sprach. Der Fürst verneigte sich tief gegen den Gerichtshof und die Geschworenen.

Die Verhandlungen waren geschlossen.

Wild tosend flutete die Menge auf die Korridore. Da staute sie sich vor der Tür zum Sitzungssaal, um dem Fürsten zuzujubeln. Die Beamten hatten Mühe, diese Kundgebung zu vereiteln, und es gelang ihnen erst nach geraumer Zeit, die Korridore und Treppen räumen zu lassen. Draußen auf dem Platze vor dem Gerichtsgebäude hatten die Schutzleute ebenfalls vollauf zu tun, um die Ansammlung der Neugierigen auseinander zu fegen und die Säumigen zum Weitergehen anzutreiben.

Für Saza und die Schmider, deren persönliche Sicherheit angesichts der furchtbaren Erregung der Menge in nicht unbedenklicher Weise bedroht erschien, hatte der Präsident einen besonderen Schutz aufbieten müssen. Sie wurden unter sicherer Bedeckung durch eine kleine Seitentür zu einer verschlossenen Droschke, die der Präsident hatte vorfahren lassen, geführt, und da rollten die Jammergestalten unter allseitigen Ver-

Mark Bargeld gestohlen."

Auf eine Anfrage bei dem Bürgermeister der Gemeinde lief die Antwort ein:

„Auf Ihr wertes Schreiben teile ich Ihnen mit, daß in meiner Gemeinde kein Landwirt seit einem Jahre Hochzeit hatte, ebenso keine 85 000 Mark gestohlen wurden. Ich glaube, daß man weit auf die Suche gehen müßte, um einen Landwirt zu finden, der so viel Geld zuhause liegen hat. Mit freundlichem Gruß gez. W. . . ., Bürgermeister."

Im „Obergünzburger Tageblatt" konnte man am 1. März lesen:

„Thiersheim (Oberfr.), 24. Februar. (O diese Mäuse!) 14 000 Mark von Mäusen zusammengefressen wurden einem Bauern in Oschmitz, der dieses Geld unter dem Zimmerboden versteckt hielt."

Auf eine Anfrage antwortete der Bürgermeister:

„Auf Ihre Anfrage teile ergebenst mit, daß an der ganzen Sache kein wahres Wort ist. Solche Gerüchte werden eben von gewissen Kreisen in Umlauf gebracht, um den ohnehin schon bestehenden Haß gegen die Bauernschaft zu steigern. Leider ist der Urheber dieser Nachricht nicht zu ermitteln, um ihn der verdienten Strafe zuführen zu können. gez. B., Bürgermeister."

Der Herr Bürgermeister hat leider nur zu recht. Die beiden Beispiele beweisen uns, daß man Notizen dieses Inhalts mit Vorsicht genießen muß.

Verwirrungen in Oberschlesien.

General Hoefers Weigerung.

Die Weigerung des Generals Hoefer, dem Ultimatum der Interalliierten Kommission zu gehorchen, hat eine sehr ernste Lage in Oberschlesien geschaffen. Die Unterredung mit dem General Henneker hat zwar in äußerst gutem Einvernehmen stattgefunden. Der englische General hat aber betont, daß er der Interalliierten Kommission unterstehe und nicht selbständig handeln könne. Die deutsche Regierung hat bereits am Sonntag mit Vermittlungsversuchen bei sämtlichen Ententeregierungen begonnen, von denen man sich einen guten Erfolg verspricht.

Deutsche Note an England.

Die Reichsregierung hat am Montag, trotzdem General Hoefer ihr nicht untersteht, durch den deutschen Botschafter in London, Sthamer, dem britischen Außenministerium eine Note überreichen lassen, in der sie betont, daß die Drohung Le Ronds an Hoefer nicht nur von den Deutschen Oberschlesiens, sondern von dem ganzen deutschen Volke nicht hingenommen werden könne. Die Ausführung dieser Drohung mache die Deutschen recht- und wehrlos allen polnischen Angriffen gegenüber. Die Folge davon würde der Ausbruch eines blutigen Bürgerkrieges sein, da es dann nicht mehr möglich sein würde, die erregte und verzweifelte deutsche Bevölkerung von unbesonnenen Taten zurückzuhalten.

Polnische Angriffe.

Wie berechtigt der Hinweis auf diese Folgen ist, beweist der Umstand, daß die Polen ihre Angriffe in erhöhtem Maße unentwegt fortsetzen. Ihre hauptsächlichen Angriffe richten sich auf den Bahnhof Kandrzin, dessen Räumung Le Rond von den Deutschen verlangte. Bei Alt-Cosel unternahmen die Insurgenten heftige Angriffe, die von drei Panzerzügen und Artillerie unterstützt wurden. Auf der ganzen Front gingen sie zu erneuten Angriffen vor, die aber alle, teilweise in erbitterten Handgemengen, abgewiesen wurden.

Wachsende Not.

Tobt so an der ganzen Front blutiger Kampf, so ist die Not im Industriebezirk fast noch mehr. Infolge der Unmöglichkeit, die Kohlen abzutransportieren, müssen die Bergwerke still liegen. Zwar schaffen die Polen auf deutschen Wagen möglichst große Quanten über die Grenze; da aber die Wagen aus Polen nicht zurückkehrten, stockt jeder Verkehr, Lebensmittel gibt es fast keine mehr. In den Städten herrscht Hungersnot, da diese seit Wochen von jedem Verkehr abgesperrt sind. Jetzt sind auch fast alle Bahnhöfe trotz der Anwesenheit der französischen Besatzungstruppen von den Aufrührern erobert.

---

wünschungen ihrer Behausung zu.

Diejenigen, welche dem Fürsten eine sympathische Ovation darbringen wollten, kamen nicht auf ihre Rechnung. Der Fürst blieb noch längere Zeit mit Quintus im Sitzungssaal. Herr von Dünenhorn wollte grüßend an ihnen vorübergehen. Da trat ihm Ulrich in den Weg und streckte ihm die Hand entgegen.

„Du hast deine Pflicht getan, Alter! Zwischen uns bleibt's hoffentlich beim alten."

Der Staatsanwalt drückte kräftig Ulrichs Hand. „Ich bin dir von Herzen dankbar! Bewahre mir deine Freundschaft!"

Dünenhorns Stimme zitterte. Er war mächtig ergriffen. Er biß die Zähne aufeinander, grüßte die beiden und verließ den Saal.

„Wie spät haben wir's denn?" fragte Ulrich Quintus.

„Gleich halb neun."

„O weh! Dann kann ich heute nicht mehr telegraphieren. Kypstein hat beschränkten Tagesdienst. Meine Schwiegereltern werden in großer Unruhe sein!"

„Und die Frau Fürstin!"

„Meine Frau hat zum Glück keine Ahnung von der ganzen Sache. Das ist das einzige, was mich tröstet! — Aber ich will jedenfalls die Depesche heut noch aufgeben, dann haben meine Schwiegereltern morgen zu frühester Stunde Nachricht . . . Und nun, lieber Justizrat, meldet sich mein Magen ziemlich heftig. Sie bereiten mir doch die Freude, mit mir zu speisen und den Abend mit mir zu verbringen?"

„Es wird mir eine Auszeichnung sein . . . Wir können übrigens jetzt, wie ich glaube, den Rückzug unbehelligt antreten. Die Menge scheint sich verlaufen zu haben. Ich bitte um einen Augenblick Geduld. Ich will meine Robe ablegen und eine Droschke vorfahren lassen — vor der kleinen Seitentür. Da können wir ungesehen entschlüpfen."

Die beiden nahmen denselben Weg, den vor ihnen Saza und Berta mit Zittern und Zagen gegangen waren.

Auf dem Platze wogte noch immer eine freudig bewegte Menge, aber niemand gewahrte den Fürsten und dessen Rechtsbeistand, als diese in der geschlossenen Droschke vorüberfuhren.

Saarkohle für England.

— **Saarbrücken, 7. Juni. Nach französischen Meldungen schloß die englische Kohlen-Importfirma Lambert Brothers einen Vertrag auf Lieferung mehrerer hunderttausend Tonnen Saarkohle für Rechnung de englischen Regierung. Diese Kohlen werden von Saarbrücken nach Ludwigshafen und von dort über den Rhein nach England weiter geleitet.**

Nachprüfung der Reichsnotopferveranlagung.

— **Berlin,** 7. Juni. Gegen die vielfach willkürlichen Erhöhungen des Grund- und Betriebsvermögens bei der vorläufigen Reichsnotopferveranlagung hatte der Hansa-Bund beim Reichsfinanzministerium Beschwerde eingelegt. Vom Finanzministerium ist daraufhin jetzt die Zusage gemacht worden, daß jeder Steuerbescheid noch einmal überprüft werden und daß die endgültige Veranlagung unter genauer Beachtung der gesetzlichen Vorschriften erfolgen soll.

Rücktritt des polnischen Insurgentenführers.

— **Paris,** 7. Juni. Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune" meldet aus Oppeln: Die wachsende Demoralisation der polnischen Aufständischen führte zu dem endgültigen Rücktritt des bisherigen Oberbefehlshabers der Insurgenten-Armee, Graf Mielszynski, genannt Doliva. Der Graf hat das Kommando über die Aufständischen niedergelegt, weil er einsehen mußte, daß es ihm nicht möglich war, die Disziplin unter den Aufständischen aufrechtzuerhalten, und weil er es vermeiden wollte, daß man ihn mit den mordenden und plündernden Aufständischen identifiziere. Auch der Vormarsch der englischen Truppen hat zu seinem Entschluß beigetragen.

Polen demobilisiert nicht.

— **Warschau,** 7. Juni. Der Warschauer „Kurier" meldet, daß die polnische Regierung im Einvernehmen mit der Heeresleitung beschlossen habe, vier Jahrgänge der Reserve vorläufig unter den Waffen zu belassen, da die Gefahr von seiten Deutschlands (!) und Sowjet-Rußlands für das polnische Reich unvermindert bestehe.

Die Disziplinlosigkeit der polnischen Aufrührer.

London, 7. Juni. Die „Times" meldet aus Oppeln, daß General Hoefer in einer Unterredung mit britischen Offizieren erklärte, er verpflichte sich, nicht vorzurücken, solange die Polen sich nicht rührten. Der „Times"-Berichterstatter sagt, das sei gerade die Schwierigkeit, denn niemand — und am wenigsten der Stab der Aufständischen — könnte garantieren, daß sich die Aufständischen nicht rührten. Der Stab der polnischen Aufständischen bestehe zum größten Teil aus nicht oberschlesischen Polen. Sie hätten das Vertrauen ihrer Leute und der örtlichen Befehlshaber verloren, die alle Krieg auf eigene Rechnung machten.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

--* **Steinheim,** 9. Juni.

*— **Aufruf zum Avignon-Tag.**

Wir möchten von dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, daß am Sonntag den 12. Juni 1921 in ganz Deutschland eine gewaltige Kundgebung für die Freilassung unserer Avignon Brüder in die Wege geleitet werden soll. 115 deutsche Kriegsgefangene schmachten noch immer in den Gefängnissen zu Avignon. Diese gehören zu den ärmsten Opfern des Weltkrieges, sie zu erlösen ist unsere Pflicht. Darum bitten wir am Sonntag um eine rege Beteiligung. Nach der Versammlung findet ein Conzert statt, dessen Erlös den Kriegsgefangenen in Avignon überwiesen werden soll. Das Conzert wird ausgeführt von dem Herrn Capellmeister Baule-Lemgo.

*— Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, daß in den nächsten Tagen eine Uebung der Freiwilligen Feuerwehr stattfindet, wozu noch besonders alarmiert wird.

*— **Abfahrzeiten** der Personenzüge von Steinheim: nach Altenbeken vormittags 6.56 Uhr und 9.52 Uhr nachmittags 2.13 T (in Altenbeken Anschluß nach Paderborn) 4.10 Uhr und 7.52 Uhr. Nach Hameln: vormittags 4.16 Uhr und 8.40 Uhr. Nachmittags 2.14, 4.09 T., 5.30, 7.20 T (nur Werktags) und 8.45 Uhr.

*— **Kriegerverein.** Der Verein hat u. a. beschlossen, an der Einweihung des Krieger-Ehren-Denkmals in Eversen am 19 Juni d. J. geschlossen teilzunehmen. Abmarsch 12.30 vom Hause des Kommandeurs. Der hiesige Turnverein hat in liebenswürdiger Weise das Tambourkorps dem Verein zur Verfügung gestellt.

*— Es ist eine Handtasche gefunden worden; dieselbe kann bei der Polizeiverwaltung abgeholt werden.

:: **Beteiligung der Entente an der deutschen Industrie.** Die Garantiekommission, die bekanntlich nach der Annahme des Londoner Ultimatums zu dem besonderen Zwecke eingerichtet wurde, die deutschen Zahlungen zur Tilgung der Reparationsschuld sicherzustellen, macht bereits von sich reden. Die „Daily Mail" weiß aus Paris zu berichten, die Kommission habe sich für die Beteiligung der alliierten Staaten an den deutschen Industrieunternehmungen sowie an den Bergwerken im Ruhrrevier ausgesprochen. Der Bericht der Garantiekommission sei als Gutachten den alliierten Kabinetten schon am 30. Mai zugegangen. Er schlage eine Gesamtbeteiligung der in der Garantiekommission vertretenen Staaten von „zunächst fünf Milliarden Goldmark" vor. — Wie erinnerlich, hat Reichskanzler Dr. Wirth in seiner letzten Programmrede diesbezügliche Andeutungen gemacht. Er sprach damals von der Beteiligung des Reichs an den sogenannten Goldwerten, die von der Aenderung des Papiergeldwertes nicht betroffen seien. Offenbar sollen diese Werte auf Anordnung der Garantiekommission der Entente verpfändet werden, damit die Alliierten für den Fall, daß die deutschen Reparationszahlungen ausbleiben sollten, jederzeit geeignete Pfänder in Händen haben.

:: **Gegen die überstürzte Einrichtung weltlicher Schulen** wendet sich eine Verfügung des preußischen Kultusministers Becker an sämtliche Regierungspräsidenten und an das Provinzialschulkollegium in Berlin:

„Zur praktischen Durchführung der Vorschrift der Reichsverfassung bedarf es einer Reihe schwieriger und umfangreicher gesetzlicher Maßnahmen. Bisher war in dieser Beziehung alles geschehen. Es bedeutet aber eine unnötige Beunruhigung des Schulwesens und eine empfindliche Störung der Schularbeit, wenn jetzt die vom Religionsunterricht befreiten Kinder in besonderen Schulsystemen vereinigt und in wenigen Monaten durch die Einrichtung der weltlichen Schulen von neuem umgruppiert würden, wenn Lehrer und Schulräume gewechselt, die Schulwege verlegt würden usw. Der Befreiung der Kinder vom Religionsunterricht wäre schon jetzt weitgehend Rechnung getragen. Die Regierungen sollen deshalb hierauf nachdrücklichst aufmerksam machen. Die Sache der weltlichen Schule würde durch die Voreiligkeit nur geschädigt. Insbesondere sollen die Eltern über die verderbliche Wirkung eines Schulstreiks aufgeklärt werden, um so mehr, als der Minister sich nur schwer entschließen könnte, mit Schulstrafen gegen Eltern vorzugehen, die ihre Kinder aus Gewissensbedenken vom Unterricht fernhalten.

** **Der Werdegang einer Kommunistenführerin.** Vor der Strafkammer des Landgerichts Nordhausen findet am 22. Juni der politische Prozeß gegen die Kommunistenführerin Frau Minna Faßhauer aus Braunschweig, eine frühere Waschfrau, die während der Revolution in Braunschweig Kultusminister war, statt. Frau Faßhauer ist angeklagt, im letzten Winter eine aufreizende Volksversammlung abgehalten zu haben, in deren Verlauf sie die Arbeiter zur Auflehnung gegen die Staatsgewalt aufgefordert hatte.

** **Die Ueberschwemmungskatastrophe von Pueblo.** Nach einer Reutermeldung aus Colorado (Nordamerika) sind bei der Wolkenbruchkatastrophe, die das Tal des Arkansasflusses heimgesucht hat, allein in der Stadt Pueblo etwa 250 Menschen ums Leben gekommen. Ganze Häuserblocks wurden bei dem ersten Anprall der Wasserwogen einfach weggerissen und von der reißenden Flut fortgeschwemmt. Der durch den Wolkenbruch in Pueblo angerichtete Schaden wird auf 15 Millionen Dollars veranschlagt. Die Katastrophe hat nicht nur die Stadt Pueblo betroffen, sondern auch eine Reihe anderer Ortschaften im Staate Colorado, so die Städte Marshall, Louisville und Haveland.

Kleine Nachrichten.

* Der kleine Kreuzer „Berlin" ist in Wilhelmshaven eingelaufen, um dort außer Dienst gestellt zu werden.

* In Mecheln (Belgien) wurde ein zu lebenslänglicher Zwangsarbeit Verurteilter nunmehr nach siebzehnjähriger Inhaftierung freigelassen, nachdem der wahre Schuldige sich gemeldet hatte.

* Das wilde Baden in der Elbe hat in Magdeburg wieder 5 Todesopfer gefordert.

Gerichtssaal.

∓ **Zum fünften Kriegsbeschuldigtenprozeß.** Jetzt beginnt vor dem Reichsgericht der fünfte Kriegsbeschuldigtenprozeß. Die Anklage, die von der belgischen Regierung ausgeht, richtet sich gegen den Studenten der Rechtswissenschaft, Max Kamdohr, aus Leipzig wegen angeblicher Erpressung von Geständnissen. Der Angeklagte soll als Agent der Geheimpolizei in Grammont im Dezember 1917 verhaftete Kinder mißhandelt haben. Der Prozeß wird wieder mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Statt Karten!

Fritz Weil
Henny Weil
geb. Falkenfleck.

Vermählte

Berlin, Kommandantenstraße 18.

Prima Bohnenschrot
Prima weißes Maisfutter
gesunde garantiert reine Ware
offeriert billigst:
N. Kronenberg, Steinheim
Inh. Max Cohn Neuestr.

Angekommen: Feine Vierfrucht-Marmelade, feinstes Backöl Sensen (Stahl), Sensenringe, Sensenstreicher „Batavia" mit Garantie unter Preis. Fliegenfänger „Schwab" und echt „Mucki". Sternwolle prima, Bind 1 Mark.
Edeka-Geschäft, Joh. Hansmann, Steinheim

Freitag Abend 6 Uhr läßt der Ziegenzuchtverein auf ihrer Weide 2 Morgen Gras in kleinen Parzellen öffentlich meistbietend verpachten. Bedingungen werden dort bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Bekanntmachung!

Durch Beschluß der städtischen Körperschaften ist der Preis für ein Wannenbad in der hiesigen Badeanstalt auf 2 Mark und der Preis für ein Brausebad auf 0,50 Mark bis auf weiteres festgesetzt.

Steinheim, den 7. Juni 1921.

Der Magistrat. J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Am Sonnabend, den 11. Juni nachmittags 5 Uhr anfangend, soll der 1. und 2. Grasschnitt auf den Bleichstellen bei der Heubachsbrücke, im Altenhagen, bei der langen und kurzen Brücke und im Piepenbrinke öffentlich meistbietend verkauft werden. Beginn des Verkaufs um 5 Uhr bei der Heubachsbrücke.

Steinheim, den 6. Juni 1921.

Der Magistrat:
J. V.: Reineke.

Moderne Damenblousen
elegant verarbeitet, in großer Auswahl bei:
W. M. Pott, Steinheim.

Bekanntmachung!

Die diesjährige Grasnutzung an der Chaussee zum Steinheimer-Holze und die dort lagernde Grabenerde soll am Freitag, den 10. ds. Monats, Nachmittags 5 Uhr anfangend öffentlich meistbietend in mehreren Partien an Ort und Stelle verkauft werden. Versammlung der Käufer bei der kurzen Brücke.

Steinheim, den 6. Juni 1921.

Der Magistrat:
J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 wird mit Zustimmung des Provinzialrats für den Umfang der Provinz Westfalen folgendes verordnet:

Der letzte Absatz des § 5 der Polizeiverordnung betreffend den Verkauf und das Tragen von Waffen vom 28. Juni 1901 und 1. Dezember 1913 wird aufgehoben.

Münster, den 26. April 1921.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen.

Wird veröffentlicht.

Steinheim, den 6. Juni 1921.

Der Bürgermeister. J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Die Kriegsgetreidestelle in Brakel ist vom heutigen Tage ab von Brakel nach Höxter verlegt. Die Adresse lautet:

Kriegsgetreidestelle in Höxter. Landratsamt.

Steinheim, den 7. Juni 1921.

Der Bürgermeister: J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Auf Grund der Verfügung des Herrn Vorsitzenden des Kreisausschusses in Höxter vom 13. Mai 1921 A I 1290 II Ang. wird beschlossen, eine Nachsteuer zu den Kreisabgaben für 1920 in Höhe von 114 Prozent der Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Betriebssteuer nach dem Stande vom 1. Januar 1920 zu erheben.

Steinheim, den 19. Mai 1921.

Der Magistrat.
gez.: Reineke, Kremer, Döhre.

Genehmigt!

Minden, den 23. Mai 1921.

Namens des Bezirksausschusses.
Der Vorsitzende. J. V.: gez. von Bergen.

Wird veröffentlicht!

Steinheim, den 7. Juni 1921.

Der Magistrat. J. V.: Reineke.

Geflügelzuchtverein für Steinheim und Umgegend.

Freitag Abend 8.30 Uhr findet bei Gastwirt Breker unsere

Monats-Versammlung

statt. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Provinzialverband der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen

Ortsgruppe Steinheim und Umgegend.

Am Mittwoch, den 15. Juni 1921, Abends um 8 Uhr bei Herrn Gastwirt Breker:

- Versammlung -

Tagesordnung:

1. Referat des Kameraden Rimbach-Bochum über das „Versorgungsgesetz und Einheits-Organisation."
2. Einziehen der Beiträge. 2. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht. Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen. **Der Vorstand.**

Ich warne hiermit Jeden, jegliche Unwahrheiten oder Verleumdungen gegen meine Tochter auszusagen oder zu verbreiten, da ich sonst gerichtlich vorgehe. Johannes Wiedemeier.

Landwirte und Hausbesitzer

verseht Eure Gebäude mit wirksamen Blitzschutzanlagen

Ein Brand trifft heute den Besitzer ungleich schwerer wie früher! Durch außerordentlich günstige Einkäufe in Kupfer und sonstigem Material bin ich in der Lage, sehr preiswerte Angebote zu machen. Die Ausführung erfolgt nach den neuesten, wissenschaftlich-technischen Gesichtspunkten. Präfung von Blitzableiter-Anlagen mittelst eines Apparates neuester Konstruktion. Kostenanschläge und Projekte kostenlos!

E. Wegesin, Steinheim i. Westf.
Pyrmonter-Straße — Fernsprecher Nr 77.

Sofort eine **Frau** oder ein **Mädchen** für leichte Hausarbeiten auf halbe Tage gegen hohen Lohn sucht **Frau Busch,** Bahnhofstraße, Postamt.

Fensterglas - Rohglas - Drahtglas
Ornamentglas weiß und farbig
Glasdachpfannen, extra stark
kaufen Sie stets am billigsten im Spezial-Geschäft
Ludwig Lammersen, Steinheim.

Sommersprossen

verschwinden. Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit.

Frau **Elisabeth Frucht, Hannover D. 83**
Schließfach 238.



-das sparen Sie

wenn Sie zum Waschen das in allen Gauen Deutschlands beliebte und altbewährte selbsttätige Waschmittel

PERSIL

gebrauchen.

Es spart Geld, weil
es keinen weiteren Zusatz von Seife, Seifenpulver usw. erfordert, daher das Waschen verbilligt und die Wäsche schont!

Es spart Kohle, weil
nur einmaliges viertelstündiges Kochen nach vorherigem Einsetzen in Persillauge nötig!

Es spart Zeit, weil
es gleichzeitig wäscht und bleicht, Rasenbleiche ersetzt und die Waschdauer verkürzt!

Es spart Arbeit, weil
es ganz von selbst wäscht, völlig mühelos, ohne Waschbrett, ohne Reiben und Bürsten!

Persil ist ohne jede Schärfe, enthält keine schädlichen Bestandteile, greift das Gewebe nicht an und gibt eine schöne fette Lauge, löst Staub und Schmutz völlig, entfernt die hartnäckigsten Flecken und macht die schmutzigste Wäsche blendendweiß, frisch und duftend, wie auf dem Rasen gebleicht.

In Friedensqualität wieder überall erhältlich.

Nur in Original-Packung, niemals lose!

Der beste Lehrmeister ist ein Versuch!

Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie. Düsseldorf** auch der altbekannten „HENKO"-Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Gärtner- Lehrling

kann unter sehr günstigen Bedingungen eintreten in der:

Hofgärtnerei zu Blomberg i. Lippe
C. Gronemann.

„Ich war am ganzen Leibe mit **Flechten** behaftet, welche mich durch das ewige Jucken Tag und Nacht peinigten. In 14 Tagen hat Zucker's Patent-Medizinal-Seife das Übel beseitigt. Diese Seife ist Hunderte wert. Serg. M." Dazu Zuckooh-Creme (nicht fettend u. feuchtigkeitshaltig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Gut erhaltener **Sitzliege-Wagen** mit Verdeck zu kaufen gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle.

Molkereibutter
Margarine
Pflanzenbutter
Schweineschmalz
Marmelade
Edamer Käse
stets frisch zu haben bei:
F. Hillebrandt.

Asthma

kann **geheilt** werden. Sprechstunden in **Paderborn, Bahnhofstraße 7 hpt.** jeden **Donnerstag** von 9—1 Uhr.

Dr. med. Alberts
Spezialarzt, **Berlin SW. 11.**

Scherz und Ernst.

tk. **Ein Idyll aus dem Reichstag.** Bei der großen politischen Debatte im Reichstag hat sich, wie die „Freiheit", das Zentralorgan der Unabhängigen Sozialdemokratie mit einer gewissen Schadenfreude berichtet, folgendes Stückchen abgespielt: Der Kommunist Höllein sprach, und da man von seinen Parteifreunden gehört hatte, daß er es nicht unter drei Stunden tun würde, so verließ alles den Saal. Von den kommunistischen Abgeordneten waren zu Beginn der Rede schandenhalber noch etwa 20 da, nach und nach verkrümelten auch sie sich und schließlich blieb kaum ein halbes Dutzend im ganzen Saale zurück. Die anderen Fraktionen hatten die willkommene Gelegenheit benützt, um in anderen Sälen Sitzungen abzuhalten. Zwei Stunden etwa waren vorüber, da wurde Herr Höllein von einem Parteifreunde ein Zettel folgenden Inhalts hinaufgereicht:

Du mußt mal sagen
ich komme zum Schluß!
damit der klingelt.
Und dann weiter reden!
Wenn sie alle hereinkommen.

Zur Erklärung dieser Hieroglyphe sei bemerkt, daß „der", nämlich der Präsident, die Klingelzeichen des ganzen Hauses in Bewegung setzt, wenn der Redner zu verstehen gibt, daß er am Schlusse angelangt sei. In diesem Falle hat sich der Präsident aber in seinem Halbschlummer nicht stören lassen, denn Herr Höllein mußte seine drei Stunden zu Ende sprechen, ohne daß die anderen Abgeordneten auf den Spaß hineingefallen wären.

Aus Stadt und Land.

** **Raubüberfall auf die Mannheimer Schloßgalerie.** In die Gemäldegalerie des Mannheimer Schlosses drangen drei bewaffnete Männer mittels Leitern ein, überfielen zunächst den Wächter und bedrohten ihn mit vorgehaltenem Revolver. Die Räuber raubten zehn wertvolle Oelgemälde im Werte von über einer halben Million Mark und flüchteten über die Rheinbrücke. In der Nähe der Brücke fand man später einzelne Teile der Bilderrahmen. Unter den geraubten Gemälden befinden sich Werke von Adrian van Ostade, zwei Werke von Johannes Heinrich Tischbein und Christian Georg Schütz.

** **Zwei Raubmörder hingerichtet.** Im Hof des Stuttgarter Justizgebäudes wurden die Raubmörder Guerr und Ruffner, die im Vorjahre einen Sparkassenbeamten in Bernhausen ermordeten, durch den Landesscharfrichter hingerichtet. — Die im April v. J. vom Koblenzer Schwurgericht wegen verschiedener gemeinschaftlicher Morde, darunter an dem amerikanischen Soldaten Pegg, zum Tode verurteilten Klavierbauer Joseph Hahn in Koblenz und Kontoristin Franziska Ackermann in Elberfeld, sind in Köln hingerichtet worden.

** **Granaten im Wasserbad explodiert.** Aus Doemitz (Mecklenburg) wird gemeldet: Aus bisher unbekannter Ursache explodierte in der hiesigen Dynamitfabrik beim Ausschmelzen von Granaten ein Wasserbad mit Granaten. Ein Arbeiter wurde getötet, drei schwer und sechs leicht verletzt.

** **Hamburger Hundediebe.** Nachdem seit längerer Zeit sich die Hundediebstähle in Hamburg von Tag zu Tag mehrten, ist es der Polizei gelungen, am St.-Pauli-Fischmarkt eine neunköpfige Hundediebesbande festzunehmen. Außerdem wurden drei Burschen abgefaßt, denen 200 Diebstähle nachzuweisen waren. Ein Teil der gestohlenen Hunde, besonders die größeren Tiere, sind geschlachtet worden und das Fleisch soll als Kalbfleisch (!) in den Handel gebracht worden sein.

** **Der Mörder Rosa Luxemburgs verhaftet?** Wie die „Freiheit" berichtet, ist ein gewisser Leutnant Krull unter dem Verdachte, an der Ermordung Rosa Luxemburgs beteiligt gewesen zu sein, von einigen Tagen auf Befehl der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Der Name Krull sei im Zusammenhang mit dem Baltikumabenteuer zuerst in der Oeffentlichkeit bekanntgeworden. Krull war damals Verbindungsoffizier des Sturmbataillons Roßbach, welches im Oktober 1919, entgegen dem Verbot der Reichsregierung, über die ostpreußische Grenze stieß. Schon während dieser Zeit soll sich Krull vor seinen Kameraden gerühmt haben, Rosa Luxemburg erschossen zu haben. Und zwar will er der unbekannt gebliebene Schütze gewesen sein, der, auf dem Trittbrett des Autos stehend, den tödlichen Schuß auf Rosa Luxemburg abgegeben hat.

** **Ein amerikanischer Soldat erschossen.** Zwischen Andernach und Weißenthurm sollen nachts zwei amerikanische Soldaten von einem Zivilisten angefallen worden sein. Der Zivilist schoß auf sie, wobei der eine Soldat sofort tot blieb, während der andere später im Krankenhaus an der Verwundung gestorben ist. Der Täter ist noch nicht entdeckt.

△ **Die Giftpflanzen** werden insonderheit den Kindern gefährlich, die sie als Blumen pflücken und damit spielen oder die die Beeren für eßbar halten und verschlucken. Wie prächtig nimmt sich der Goldregen aus mit seinen lang herabhängenden Blütentrauben, und er ist infolgedessen einer unserer beliebtesten Ziersträucher geworden, aber Samen, Blätter und Rinde sind giftig. Von schöner blauer Farbe ist die Blüte des Rittersporns, der auf dem Felde wächst, aber auch in Gärten geduldet wird, und oftmals mit dem als Zierpflanze verbreiteten blauen Sturmhut verwechselt wird, was bei dem gelben Sturmhut ausgeschlossen ist; giftig sind sie alle drei, und wie vor ihnen, so muß noch vor weiteren Mitgliedern der Familie der Ranunkulaceen gewarnt werden, vor der Anemone und Küchenschelle, dem vom Mai bis Oktober blühenden gelben Hahnenfuß, der auf Wiesen und Grasplätzen häufig vorkommt, der Nieswurz und der Akelei, die im Juni und Juli blüht, und in Süddeutschland öfter anzutreffen ist als in Norddeutschland.

Der rote Fingerhut, der trotz seiner Giftigkeit ebenfalls in Gärten und Parkanlagen heimisch geworden ist, weil er ein solch schmuckes Aussehen hat, gehört zu den Skrophularineen, dahin ferner das Gnadenkraut oder Gottesgnadenkraut, das Sumpfboden bevorzugt und dessen giftiger Saft wie der des Fingerhuts ein stark wirkendes Arzneimittel bildet, und das Sumpf-Läusekraut mit seiner purpurroten Blüte. Giftpflanzen sind der Wasserschierling, der gefleckte Schierling und die Hundspetersilie, und hier sind Verwechselungen mit der Küchenpetersilie sorgfältig zu vermeiden, das Schöllkraut, die Wolfsmilch, das übelriechende Bilsenkraut, mit dessen Kapseln die Kinder gern spielen, nicht wissend, daß die darin befindlichen Samenkerne ein bösartiges Gift enthalten. Gefährlich wegen ihrer giftigen Beeren werden hauptsächlich der schwarze Nachtschatten mit seinen schwarzen, der Bittersüß mit seinen länglichen roten Beeren, der Seidenbast und die Einbeere. Als letzte und allergefährlichste sei die Tollkirsche genannt, die Atropa Belladonna, deren große Beere Unkundige als Kirsche oder genießbare Judenkirsche abpflücken und genießen. Die giftige Wirkung zeigt sich bald, und nicht immer vermag ärztliche Hilfe die Lebensgefahr abzuwenden.